

## DSi - Das Deutsche Steuerzahlerinstitut - Forschung für den BdSt

Finanzwissenschaftliche Grundlagenarbeit für den Bund der Steuerzahler ist Kernaufgabe des Deutschen Steuerzahlerinstituts (DSi). Mit seinen Berechnungen, Analysen und Recherchen unterstützt das DSi den BdSt Deutschland und die BdSt-Landesverbände in vielen Bereichen.

Zu Jahresbeginn erfolgte im fünften Jahr in Folge eine Inflationsbereinigung des Einkommensteuertarifs zugunsten der Steuerzahler (**Abbau der kalten Progression**). Dies ist gerade auch in Zeiten der anhaltenden Corona-Pandemie ein wichtiger Teilerfolg des BdSt. Insgesamt sind die Steuerzahler durch diese Indexierungen im Zeitraum 2016 bis 2021 nach DSi-Schätzungen um mehr als 30 Milliarden Euro entlastet worden.

Details zu diesem Reformersfolg konnte das DSi in einem mehrseitigen Gastbeitrag in der Juni-Ausgabe der Fachzeitschrift „**Wirtschaftsdienst**“ prominent darlegen. Parallel dazu sind die Ergebnisse auch in einem *DSi-kompakt* erschienen.



Im Gegensatz zu früheren Bundestagswahlkämpfen wurde der diesjährige Wahlkampf um Einkommensteuerreformen weniger intensiv geführt. Ursache dafür sind auch die unkonkret ausgefallenen Reformformulierungen in den Wahlprogrammen. Sie lassen konkrete Beispielerrechnungen zu individuellen Auswirkungen praktisch nicht zu.

Stattdessen wird die Diskussion um eine Reaktivierung der **Vermögensteuer** intensiv geführt. Auf Basis eines aktuellen *DSi-kompakt* konnten wir unsere Kritikpunkte hier wiederholt einbringen. Neben der allgemeinen Pressearbeit sind unterschiedlich lange Gastbeiträge von Reiner Holznagel sowie ein *Policy Paper* zu nennen, das das DSi im Auftrag der Deutschen Stiftung Eigentum verfasst hat.

Ein weiteres steuerpolitisches Thema, das wieder verstärkt öffentlich diskutiert wird, ist die Zukunft des „Ehegattensplittings“. Hier hat das DSi bereits ein neues *DSi-kompakt* erarbeitet. Es enthält viele Argumente, warum das Splittingverfahren sachgerecht und erhaltenswert ist.

Eine Abkehr vom bestehenden Splitting würde Steuererhöhungen bedeuten, aber keine nennenswerten Arbeitsangebotseffekte auslösen. Diese DSI-Thesen konnten in einem Beitrag für „Business Insider“ untergebracht werden.

Beim Thema **Staatwirtschaft** ist das DSI weiterhin aktiv. Nach Veröffentlichung der diesbezüglichen *DSi-Sonderinformation 6* kooperiert das Institut derzeit mit einem Lehrstuhl mit dem Ziel vertiefter Datenbankrecherchen.

Parallel war in den vergangenen Monaten das DSI weiterhin Ansprechpartner der Presse in der Diskussion um die Subventionen für **Regionalflughäfen**. *Focus*, *Süddeutsche* und Regionalzeitungen berichteten. *WDR*- und *SAT1*-Interviews wurden geführt.

Zudem stand das DSI im Austausch mit dem Insolvenzverwalter des Regionalflughafens Paderborn. Die dortige Reform führt zu einem fokussierten Flugbetrieb, der Kosteneinsparungen und damit einen geringeren Subventionsbedarf ermöglicht. Das kann ein Vorbild für Reformen an anderen Standorten sein.

Das DSI hat die Debatten um die Einführung einer **Digitalsteuer** kritisch begleitet. Ein entsprechendes *DSi-kompakt* ist dazu erschienen. Es war auch Basis für die schriftliche Teilnahme des Instituts am Konsultationsverfahren der EU-Kommission.

In der Reihe *DSi-kompakt* ist zudem eine Analyse der weltweiten Struktur der **Gläubiger deutscher Staatsschulden** erschienen, die von der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* aufgegriffen worden ist. Auf Basis von Institutsumfragen konnte darin exemplarisch gezeigt werden, wie breit das Gläubigerspektrum ist. Es reicht von der Bundesbank über französische Versicherungen und norwegische und chilenische Staatsfonds bis hin zu dänischen und kalifornischen Pensionsfonds.

In der Reihe *DSi-Rundschreiben* sind in diesem Jahr bislang vier Ausgaben erschienen. Ein *DSi-Rundschreiben* mit einer Sammlung der **DSi-Presseartikel 2020** wurde den Landesverbänden zu Jahresbeginn zur Verfügung gestellt.

Im *DSi-Rundschreiben 2-2021* wurde theoretisch und empirisch dargelegt, warum Steuererhöhungen letztlich kein erfolgreiches Mittel zur **Haushaltssolidierung** sind.

Das *DSi-Rundschreiben 3-2021* analysiert umfassend das Thema „**Schuldenbremse im Zangengriff von Investitionsstau und Niedrigzinsen**“. Darin wird u. a. gezeigt, dass trotz Schuldenbremse genügend Mittel in den staatlichen Investitionshaushalten zur Verfügung standen, die je nach Gebietskörperschaft jedoch in unterschiedlichem Maße nicht abgerufen wurden. Dargelegt wurde zudem, dass die aktuellen Niedrigzinssätze kein Argument für verstärkte Kreditaufnahmen sein sollten. Die Niedrigzinsphase wird früher oder später enden. Wegen des üblichen Überrollens fälliger Staatsanleihen in neue Anleihen drohen künftigen Generationen höhere Zinssätze.

Im Kontext der Schuldenbremse wurde zudem eine *DSi-Sonderinformation 7* publiziert. Sie beinhaltet ein vom Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein bei Prof. Becker, Kiel, beauftragtes **Rechtsgutachten**. Das Gutachten setzt sich kritisch mit Art und Ausmaß der coronabedingten Notkredite des Landes Schleswig-Holstein auseinander.

Nach intensiven Vorbereitungen konnte am 13. Juli 2021 der diesjährige **Steuerzahlergedenktag** auch medial begangen werden. Die dafür notwendigen Prognosen der Belastungsquoten des Jahres 2021 basierten auf den „Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2019“ des Statistischen Bundesamts. Für die Prognose 2021 hat das Statistische Bundesamt dem DSI erneut Sonderauswertungen seiner repräsentativ erhobenen Daten zur Verfügung gestellt.

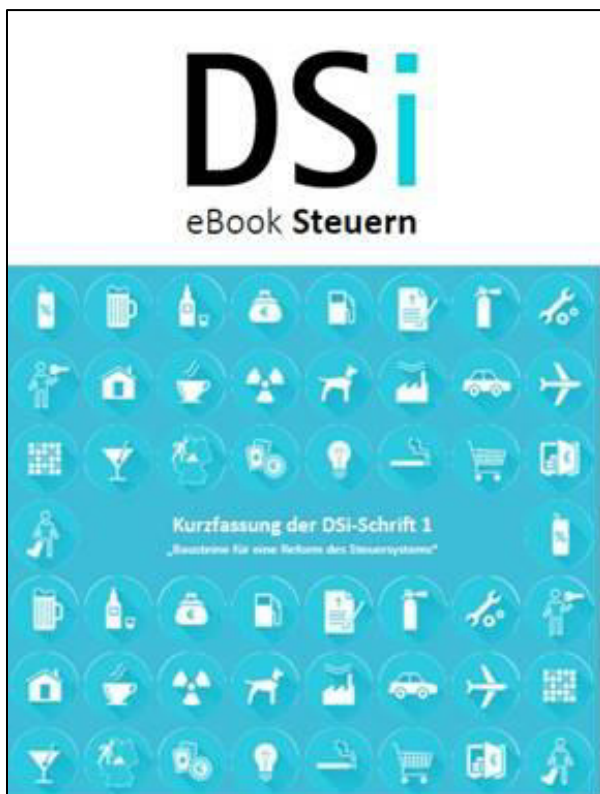
Unsere Berechnungen wurden in der *Welt*, der *FAZ* und in einer Vielzahl von Regionalmedien aufgegriffen. Alle Details zum Steuerzahlergedenktag und zu den Belastungsquoten sind im *DSi-Rundschreiben 4-2021* transparent darstellt.

Zur weiteren Steigerung der Transparenz sowie als Serviceangebot für interessierte Bürger prüft das DSi derzeit, ob der Aufbau eines Onlinerechners machbar ist. Damit könnten persönliche Steuerzahlergedenktage basierend auf individuellen Nutzereingaben zur Einkommenssituation und zu Verbrauchsgewohnheiten kalkuliert werden.

Weitere Publikation im Berichtszeitraum waren zwei Ausgaben des *DSi intern*, das sich insbesondere an Spender des Instituts richtet.

Als weiteren Service hat das DSi einen **Ratgeber** aktualisiert, der zeigt, wie sich Aktionäre im Ausland gezahlte Quellensteuern erstatten lassen können. Zudem wurde ein **Infoservice** mit Tipps rund um Investitionen in Gold sowie ein Infoservice über die neuen Neo-Broker für Privatanleger verfasst.

Für die breite Öffentlichkeit wurde zudem im Sommer 2021 das neue **DSi-eBook Steuern** herausgegeben. Dabei handelt es sich um eine Kurzfassung der im Herbst 2019 neu aufgelegten *DSi-Schrift 1* („Bausteine für eine Reform des Steuersystems“), ergänzt um aktuelle Statistiken und Daten zu allen Einzelsteuern.



Dieses eBook ist erstmals im Apple-Itunes-Bookstore veröffentlicht worden, steht aber auch hier zur Verfügung:

Download für Apple-Geräte:

Download für sonstige Geräte:



[www.bit.ly/3kd8FzT](http://www.bit.ly/3kd8FzT)

[www.bit.ly/3wwt85i](http://www.bit.ly/3wwt85i)

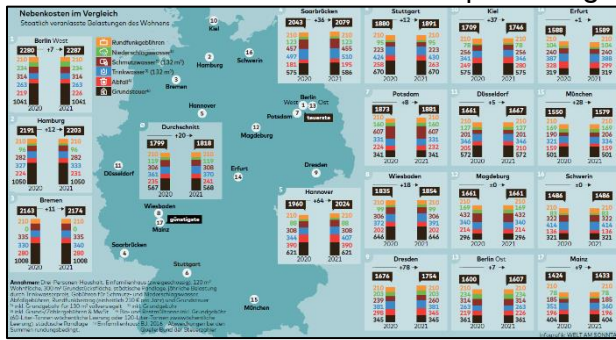
Das DSI hat im Berichtszeitraum in zwei Bereichen intensiv mit BdSt-Landesverbänden kooperiert. So haben wir zu Jahresbeginn prominent für eine effiziente Reform und Fusion der Kindergeldkassen geworben. Als Auftakt konnten wir die *Süddeutsche Zeitung* dazu gewinnen, kritisch über die Versuche des Bundesinnenministeriums zu berichten, das Bundesverwaltungsamt als zweite Bundesfamilienkasse neben der Bundesagentur für Arbeit dauerhaft zu Lasten der Steuerzahler zu erhalten.

Zudem forderten wir in Kooperation mit BdSt-Landesverbänden ausgewählte Städte und Länder auf, Kindergeldzuständigkeiten von eigenen Familienkassen auf die effizientere Bundesagentur für Arbeit zu übertragen. In einigen Antwortschreiben teilten Verwaltungen mit, dass diese Wechsel tatsächlich auch anstehen bzw. erwogen werden.



*Süddeutsche Zeitung über DSI-Recherchen*

Im Mai 2021 wurde in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden ein aktueller Vergleich der **Wohnnebenkosten** aller Landeshauptstädte ganzseitig in der *Welt am Sonntag* publiziert.



*Welt am Sonntag zum DSI-Wohnkostenranking*

Des Weiteren hat das DSI im Jahresverlauf mehrere **Spendenaktionen** und Pflegeaktionen organisiert. Äußerst erfolgreich verlaufen ist eine Spendenbitte zur Mitfinanzierung eines externen Rechtsgutachtens für den laufenden BdSt-Musterprozess gegen den Soli.

Das DSI ist Mitglied der „**Initiative Transparente Zivilgesellschaft**“. Vorschriftsgemäß wurde deshalb die entsprechende Online-Transparenz-Seite des DSI turnusgemäß im Sommer nach Vorlage der Jahresrechnung 2020 des Wirtschaftsprüfers aktualisiert.

Diese Online-Transparenz-Seite beinhaltet diverse Informationen insbesondere zur Struktur und zur Finanzierung des Instituts. Im Gegenzug ist das DSI berechtigt, mit einem Transparenz-Logo auf seine eigenen Transparenz-Informationen sowie auf seine Mitgliedschaft in der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ hinzuweisen. Das Logo wird inzwischen in der allgemeinen Briefkorrespondenz sowie in der Kommunikation im Rahmen der Spendenaktionen genutzt.

Zudem fanden Gespräche mit Vertretern von Wikimedia statt, um Kooperationsmöglichkeiten bei der Pflege, Korrektur und Weiterentwicklung finanzwissenschaftlicher Seiten auf **Wikimedia** auszuloten.

Im Berichtszeitraum hat es zudem **personelle Veränderungen** im Institut gegeben. Der steuerpolitische Referent, Jens Lemmer, wechselte im Sommer zu einem Branchenverband. Mit Michael Ehrentreich konnte diese Position schnell nachbesetzt werden. Zeitgleich gelang dies mit der Neubesetzung der Stelle des persönlichen Referenten von Reiner Holznagel, die seit August von Lucas Fömpe ausgefüllt wird.

Schwieriger hatte sich die Nachbesetzung der seit längerem vakanten Stelle des haushaltspolitischen Referenten gestaltet. Im Zuge eines Auswahlverfahren konnte inzwischen Markus Kasseckert gewonnen werden. Er ist seit Oktober für das Institut tätig.

Die neuen Fachreferenten haben inzwischen unterschiedliche Recherchen begonnen und Analysen erarbeitet. Dazu gehören ein detaillierter Überblick zum Stand der Umsetzung der **Grundsteuerreform** in den Ländern inklusive des Aufbaus einer Grundsteuerdatenbank, eine kritische Analyse der steuerlichen **Subventionen der Seeschifffahrt** sowie der **Förderung der politischen Stiftungen** und Recherchen zur den Staatsleistungen an die Kirchen.

Für den Beginn der Koalitionsverhandlungen hat das DSI zudem einen konkreten **Vorschlag für einen Einkommensteuertarif 2022 zum vollständigen Abbau der kalten Progression** erarbeitet. Der Ende 2020 beschlossene Tarif beruht auf inzwischen überholten, d. h. zu niedrigen, Inflationsprognosen. Eine Anpassung auf eine Inflationsrate von 3 Prozent würde im Jahr 2022 zu einer zusätzlichen Gesamtentlastung in der Größenordnung von 2,5 Mrd. Euro führen. Dieser Vorschlag für eine steuerliche Sofortmaßnahme einer neuen Bundesregierung wurde den Parteispitzen und Generalsekretären von SPD, Grünen und FDP übermittelt und anschließend in der *Welt am Sonntag* medial bekannt gemacht.